

Es gilt das gesprochene Wort!

Vor ziemlich genau 60 Jahren, am 19. September 1946, hielt Winston Churchill vor Studenten in Zürich eine Rede. „Ich möchte heute über Europas Tragödie zu Ihnen sprechen“, so leitete Churchill seinen Vortrag ein. Er setzte dieser Tragödie, deren Folgen in ganz Europa und weltweit zu spüren waren, eine Vision entgegen: „Wäre jemals ein vereintes Europa imstande, sich in das gemeinsame Erbe zu teilen, dann genössen seine drei- oder vierhundert Millionen Einwohner Glück, Wohlstand und Ehre in unbegrenztem Ausmaß.“

Heute ist diese Vision Realität. Ob „Glück, Wohlstand und Ehre“ nun wirklich unbegrenzt verfügbar sind, mag dahinstehen. Aber dass heute über 450 Millionen Menschen in 25 Staaten der Europäischen Union ein Maß an Freiheit, Sicherheit, Frieden und Wohlstand genießen, das die Grenzen der Vorstellungskraft von 1946 überschreitet, ist unbestreitbar.

Der Gedanke, dass die europäischen Staaten und Völker zu einer geregelten Form der Zusammenarbeit und zu einer gemeinsamen Struktur finden müssten, war auch 1946 nicht neu. Aber Europa musste offenkundig erst durch die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges gehen, um die Lehren aus seiner bitteren Tragödie ziehen zu können.

Winston Churchill sprach von einem Heilmittel, das er so beschrieb: „Es ist die Neuschöpfung der europäischen Völkerfamilie, oder doch soviel davon, wie möglich ist, indem wir ihr eine Struktur geben, in welcher sie in Frieden, in Sicherheit und in Freiheit bestehen kann. Wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Europa errichten.“

Es gehört zu den glücklichsten Fügungen unserer Geschichte, dass diese Erkenntnis, auf die Churchill gewiss nicht das alleinige Urheberrecht beanspruchen kann, bei vielen Menschen Anklang fand, und dass sie zur Richtschnur praktischer Politik wurde.

Der Weg aus den Trümmern der Nachkriegszeit zum Europa von heute war lang, mühsam, nicht ohne Rückschritte und Umwege, aber es war ein immer aufs Neue nach vorne weisender Weg, mit vielen wichtigen Stationen.

Am Anfang dieses Weges liegen die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951 und die am 25. März 1957 unterzeichneten Römischen Verträge, mit denen Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien, Luxemburg und die Bundesrepublik Deutschland die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft ins Leben riefen. Zum 50. Mal jährt sich dieses Ereignis in Kürze.

Es war eine bewusste Symbolik, dass vor zwei Jahren, am 29. Oktober 2004, die Staats- und Regierungschefs von 25 europäischen Staaten in jenem Saal auf dem Kapitol in Rom, in dem 1957 die Unterzeichnung stattfand, ihre Unterschriften unter den Vertrag über eine Verfassung für Europa setzten.

Inzwischen kommt uns diese Symbolik zwiespältig vor. Das Ratifizierungsverfahren ruht, nachdem in Frankreich und den Niederlanden die Annahme des Vertrages in Referenden gescheitert ist. Steht diese Wegmarke, die einen weiteren Aufbruch darstellen sollte, nun für einen Wendepunkt? Markiert sie vielleicht sogar einen vorläufigen Schlusspunkt der europäischen Integration?

Wohin führt der Weg Europas? Gelingt es, die Europäische Union als eine Wertegemeinschaft zu definieren? Ist sie mehr als ein großer gemeinsamer Markt? Was sind ihre Grundlagen? Ist und bleibt dieses große Gebilde handlungsfähig? Finden wir einen Konsens über Inhalt und Struktur? Wo liegen die Grenzen? Wie belastbar ist die Europäische Union? Welche Erweiterungen stehen noch bevor? Was erwarten die Menschen?

Mit diesen Fragen wollen wir uns heute beschäftigen. „Europa – zwischen Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft“, so haben wir dieses Symposium überschrieben.

Zum achten Mal hat der Rhein-Sieg-Kreis in Kooperation mit der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus und dem Gästehaus Petersberg zu den Petersberger Perspektiven eingeladen. Wir freuen uns sehr, dass diese Einladung wiederum ein so großes Echo gefunden hat. Es zeigt uns, dass Europa – allen Unkenrufen zum Trotz – ein Thema ist, das die Menschen interessiert. Und es macht uns auch ein wenig stolz, zu sehen, welchen Anklang unsere Veranstaltungsreihe im Laufe der Zeit gefunden hat.

Von Herzen heiße ich Sie auf dem Petersberg willkommen.

Ganz besonders begrüße ich unsere heutigen Referenten und Gesprächspartner. Sie haben uns wahrlich viel zu unserem Thema zu sagen.

Die Stammgäste der Petersberger Perspektiven – ich sehe viele bekannte Gesichter – wissen es: Am Anfang steht wie immer ein kurzer wissenschaftlicher Vortrag.

Ich freue mich sehr, dass uns Professor Josef Isensee die Ehre gibt und uns in das Thema einführen wird. Professor Isensee lehrt an der Universität Bonn und zählt zweifellos zur ersten Garde der Staatsrechtler in unserem Land, der in seinen Vorträgen und Veröffentlichungen Recht, Philosophie und Politik meisterhaft miteinander zu verbinden weiß. Auf seine Beobachtungen und Analysen sind wir sehr gespannt. Herzlich willkommen, lieber Herr Professor Isensee!

Europa soll und muss ein Anliegen der Menschen sein. Die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger Europas ist das Europäische Parlament. Mit großer Freude begrüße ich zwei maßgebliche Mitglieder der europäischen Volksvertretung, die seit vielen Jahren die Entwicklung in Europa mitgestalten: Herr Professor Hans-Gert Pöttering und Herr Dr. Klaus Hänsch.

Hans-Gert Pöttering gehört seit 1979 dem Europäischen Parlament für die CDU an. Die Fraktion der Europäischen Volkspartei und Europäischer Demokraten leitet er als Vorsitzender seit 1999. Vielfältig sind seine Funktionen in Parlament und Partei.

Ebenso lange ist Klaus Hänsch Mitglied des Europäischen Parlaments für die SPD. Zwischen 1994 und 1997 war er dessen Präsident. Er hat als Mitglied des Präsidiums an hervorgehobener

Stelle im Verfassungskonvent mitgewirkt und vertrat das Parlament in der Regierungskonferenz über den Verfassungsvertrag.

Zu denen, die sich seit vielen Jahren mit Europa beschäftigen, gehört auch unser heutiger besonderer Gast, der türkische Ministerpräsident a. D., Herr Mesut Yilmaz. Zu den zentralen Fragen, die Europa betreffen und die Europa lösen muss, gehört das Verhältnis zur Türkei. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei haben begonnen. Wie bei keiner Erweiterung zuvor ist hiermit auch die Frage nach den Grundlagen und Werten verbunden. Herr Yilmaz war Mitglied des türkischen Parlaments, Regierungssprecher und Informationsminister, Außenminister und zweimal Ministerpräsident der Türkei. Herzlichen Dank, Herr Yilmaz, dass Sie zu uns gekommen sind und mit uns diskutieren werden.

Moderiert wird das Symposium von Jörg Schönenborn, dem Chefredakteur des WDR-Fernsehens, der die politische Entwicklung in Deutschland und Europa fachkundig und engagiert begleitet. Wir wissen, dass Ihnen Europa am Herzen liegt, lieber Herr Schönenborn. Vielen Dank für Ihre Gesprächsleitung und herzlich willkommen!

Ich bin sicher, dass wir mit diesem Podium einen interessanten, kurzweiligen und anregenden Nachmittag erleben werden.

Lassen Sie mich zuvor aber noch kurz einige andere Gäste begrüßen und auf weitere Mitwirkende dieses Nachmittags eingehen, die Sie nicht hier vorne erleben werden.

Sofern anwesend (Zusage liegt vor):

Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher  
Bundesminister a. D. Otto Graf Lambsdorff  
Bundesministerin a. D. Dorothee Wilms  
Ruth Hieronymi, MdEP  
Marlene Lenz, früher MdEP

Ich hatte zu Beginn auf die Anfänge des Europäischen Gedankens und die Züricher Rede von Winston Churchill hingewiesen. Zu diesen Anfängen gehört auch die Europa-Union Deutschland, die in diesen Tagen ihren 60. Geburtstag begeht. Sie ist nicht nur durch ihren langjährigen Präsidenten Hans-Gert Pöttering vertreten, sondern auch mit einem Stand im Bereich des Defilees, für den der Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg mit der früheren Europaabgeordneten Marlene Lenz an der Spitze und unserem langjährigen Kreisdirektor Günter Brahm verantwortlich zeichnet. Herzlichen Dank an die Europa-Union, die parallel zur großen Politik unermüdlich den europäischen Gedanken bei den Bürgern wach hält.

Ein besonderer Dank für die Unterstützung unserer Veranstaltung am heutigen Tag gilt der Kreissparkasse Köln, deren Vorstandsvorsitzender, Alexander Wüerst, ebenfalls unser Gast ist. Als ein tief in und mit der Region und dem Rhein-Sieg-Kreis verwurzelt Kreditinstitut engagiert sich die Kreissparkasse sehr für unseren Standort. Sie arbeitet – um nur einige Beispiele zu nennen – eng mit der Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg zusammen, wo sie eine Stiftungsprofessur für Existenzgründungs- und Mittelstandsmanagement unterhält. Mit ihrer Beteiligung an Gründer- und Technologiezentren fördert sie die Entstehung neuer Unternehmen und Arbeitsplätze. Ihre 14 Stiftungen unterstützen im Rhein-Sieg-Kreis mannigfaltige Initiativen und Projekte in den Bereichen Kultur, Sport, Soziales, Bildung, Natur und Umwelt. Zahlreiche Aktivitäten werden durch Spenden und Sponsoring erst möglich, so

auch das soeben erschienene Jahrbuch des Rhein-Sieg-Kreises, das ich Ihnen sehr empfehlen kann.

Dieses dem Gemeinwohl verpflichtete Engagement der Kreissparkasse geht mit ihrem öffentlichen Auftrag einher und unterscheidet sie von einem ausschließlich gewinnorientierten Unternehmen. Diesen Unterschied scheint man in Brüssel so nicht zu sehen – die EU-Kommission stellt ihn offen in Frage, wenn sie sich an der Struktur des deutschen Bankenmarktes mit seinen drei Säulen aus öffentlich-rechtlichen Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken reibt. Die Diskussion um die Bezeichnung „Sparkasse“ im Zusammenhang mit dem Verkauf der Berliner Bank ist hierfür ein aktuelles Beispiel.

Ich erwähne das, weil es ein Beispiel dafür ist, wie tief greifend Europa und seine Institutionen unser Leben mitgestalten – und weil zur Diskussion um Europa auch die Frage nach der Subsidiarität gehört: Was muss notwendigerweise zentral geregelt werden? Was ist in den Händen der Mitgliedsstaaten besser aufgehoben?

Gestatten Sie, dass ich noch auf einen aktuellen Punkt eingehe, der uns hier in der Region immer wieder unangenehm berührt:

Es handelt sich um die Äußerung des Bundestagsvizepräsidenten Thierse zum Komplettumzug der Bundesregierung von Bonn nach Berlin:

Ministerpräsident Ringsdorf, Mecklenburg-Vorpommern, dem die FAZ in ihrem Porträt vom Sonntag gesunden Menschenverstand attestiert, fordere den Umzug der Außenstelle der Bundesregierung von Bonn nach Berlin, weil zu nur noch selten stattfindenden Ausschusssitzungen die Beamten von Berlin anreisen müssen. Meine Damen und Herren, so sieht gesunder Menschenverstand in der FAZ aus: Man vergisst oder verschweigt, dass die Beamten aus 16 Ländern anreisen und nicht aus Berlin. Auch die Bundesregierung hat genügend Beamte in Bonn. Nur Bundesminister und Staatssekretäre sowie der Berliner Vertreter müssen aus Berlin herunterfliegen - und denen tut eine Reise an den Rhein vielleicht ganz gut.

Unser Gespräch über Europa will ich aber nun nicht länger aufhalten. Lassen Sie mich nur noch allen Beteiligten vor und hinter den Kulissen für die Vorbereitung, Organisation und Durchführung dieses Symposiums herzlich danken.

Ein besonderer Dank geht dabei an unsere Veranstaltungspartner. In bewährter Weise haben das Haus der Geschichte mit Dr. Hans Walter Hütter und die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus mit Staatssekretär a. D. Erhard Jauck und Dr. Corinna Franz zum Gelingen des Symposiums beigetragen, ebenso unser wissenschaftlicher Berater Professor Günter Schulz. Die kleine Präsentation, die das Haus der Geschichte im Defilee aufgebaut hat, lege ich Ihnen ans Herz.

Im Anschluss an das Resümee des heutigen Tages, das wieder Herr Jauck ziehen wird, lade ich Sie ein, bei einem Umtrunk im Bankettsaal unser Symposium ausklingen zu lassen.